

Stadtverordnetenbüro
Auskunft erteilt: Frau Allamode
Südanlage 5, 35390 Gießen

Telefon: 0641 306-1032
Telefax: 0641 306-2033
E-Mail: stadtverordnetenbuero@giessen.de

Datum: 01.02.2008

Niederschrift

der 15. Sitzung des Ausschusses für Planen, Bauen, Umwelt und Verkehr
am Dienstag, dem 22.01.2008,
Kerkrade-Zimmer, Kongresshalle, Berliner Platz 2, 35390 Gießen.
Sitzungsdauer: 19:02 - 20:15 Uhr

Anwesend:

Stadtverordnete der CDU-Fraktion:

Frau Dorothe Küster **Ausschussvorsitzende**
Frau Karen-Heide Bernard
Herr Dr. Johannes Dittrich
Herr Michael Oswald
Herr Prof. Dr. Klaus Kramer

(in Vertretung für Stv. Wernert-Jahn)

Stadtverordnete der SPD-Fraktion:

Herr Wolfgang Bellof
Frau Elisabeth Langwasser
Frau Renate Schlotmann
Herr Andreas Walldorf

(in Vertretung für Stv. Janzen)

Stadtverordnete der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Herr Dr. Wolfgang Deetjen
Frau Dr. Bettina Speiser

(ab 19:16 Uhr)

Stadtverordnete der FDP-Fraktion:

Herr Harald Scherer

Stadtverordnete der Die Linke.Fraktion:

Herr Michael Beltz

Außerdem:

Herr Christian Otto

Fraktion B'90/Die Grünen

- | | | |
|----|--|---------------|
| 4. | Bebauungsplan GI 03/08 "Marshall-Siedlung";
hier: - Entscheidung über die im Rahmen der Offenlegung
bzw. Trägerbeteiligung vorgebrachten Anregungen
zum Bebauungsplan-Entwurf
- Satzungsbeschluss zum Bebauungsplan
- Antrag des Magistrats vom 14.12.2007 - | STV/1420/2007 |
| 5. | Nachtverkehrsangebot in der Stadt Gießen
- Antrag des Magistrats vom 03.12.2007 - | STV/1393/2007 |
| 6. | Prüfantrag zur Philosophenstraße
- Antrag der Die Linke.Fraktion vom 14.01.2008 - | STV/1486/2008 |
| 7. | Ausweisung von Kinderwagen- /Familienparkplätzen auf
städtischen Parkplätzen der Universitätsstadt Gießen
- Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen
und FDP vom 13.01.2008 - | STV/1492/2008 |
| 8. | Neues System zur Müllreduzierung
- Antrag der SPD-Fraktion vom 15.01.2008 - | STV/1493/2008 |
| 9. | Verschiedenes | |

Abwicklung der Tagesordnung:

1. Bürger/-innenfragestunde

Es liegen keine Fragen vor.

2. Bebauungsplan G 38 "Südviertel I", 1. Änderung; **STV/1419/2007 **hier: Einleitungsbeschluss, Bekanntmachung** **- Antrag des Magistrats vom 14.12.2007 -****

Antrag:

1. Für das in der Anlage 1 gekennzeichnete Gebiet wird gemäß § 2 Abs. 1 i.V.m. § 1 Abs. 8 Baugesetzbuch (BauGB, i.d.F. vom 23.09.2004/ BGBl. I S. 2414) die Änderung des Bebauungsplanes G 38 „Südviertel I“ mit der Bezeichnung G 38 „Südviertel I“, 1. Änderung (Naturwissenschaften) beschlossen. Der Plangeltungsbereich für das Änderungsverfahren ist in der Anlage 1a dargestellt, die betroffenen Flurstücke in der Gemarkung Gießen, Flur 10 und 12, sind in der Anlage 1b aufgelistet.
Die Flurstücke Flur 10, Nrn. 183/8-10 und Flur 12 Nr. 125/2 liegen außerhalb

des Geltungsbereiches G 38 und werden in den Planänderungs-Geltungsbereich aufgenommen.

2. Als wesentliche, vorläufige Ziele des Planverfahrens werden beschlossen:
 - Planungsrechtliche Absicherung der Ausbauplanung für den Campus Naturwissenschaften, u.a. mit dem Neubau Chemikum,
 - Neuordnung der Verkehrsanbindung des Campus unter Berücksichtigung u. a. der erfolgten Zufahrtsbeschränkung zum Wartweg sowie des im Rahmen des Technologieparks geplanten Kreisverkehrs,
 - Prüfung der Nutzungs- und Bebauungsperspektive der Kleingartenparzellen am Schwarzacker.
3. Der Aufstellungsbeschluss zur Planänderung ist gemäß § 2 Abs. 1 BauGB ortsüblich bekannt zu machen.

Die Liegenschaftsdezernentin der Justus-Liebig-Universität, **Frau Katharina Hannemann**, informiert über die bauleitplanerische Neuordnung der JLU-Naturwissenschaften am Leihgesterner Weg. Unter anderem führt sie aus, dass ihrer Erwartung nach, der erste Bauabschnitt, in dessen Verlauf ein Chemie-Neubau entstehen solle, nicht vor 2012 oder 2013 bezugsfertig sein werde. Mit der Etatisierung im Landeshaushalt für die 90 Millionen Euro teure Maßnahme rechnet sie in 2010. Sie bestätigt die Absicht, dass das bestehende, großvolumige Chemie-Gebäude abgerissen werde. Es habe sich nach mehrfacher Begutachtung als nicht sanierungsfähig erwiesen. Dort, wo das graue Gebäude jetzt stehe, wolle die Universität den Campus der Naturwissenschaften mit Mensa und Grünflächen gestalten. In diesem und wohl auch noch im nächsten Jahr werde man sich ausschließlich mit der Planung der Neubauten befassen.

Anschließende Fragen der Stv. Bellof, Beltz, Prof. Dr. Kramer und Scherer werden ausführlich von Frau Hannemann und Stadtrat Rausch beantwortet.

Beratungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.

**3. Bebauungsplan GI 03/07 "Dulles-Siedlung"; STV/1418/2007
hier: Abwägung und Satzungsbeschluss
- Antrag des Magistrates vom 14.12.2007 -**

Antrag:

1. Es wird festgestellt, dass während der Offenlegung des Entwurfes zum Bebauungsplan von Seiten der Öffentlichkeit keine Anregungen eingegangen sind.
2. Die Anregungen von Trägern öffentlicher Belange aus dem unter Punkt 1 genannten Verfahren sowie deren Anregungen aus dem frühzeitigen Beteiligungsverfahren gemäß §4 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) zum Bebauungsplan-Vorentwurf werden mit dem aus der Anlage 1 hervor gehenden Ergebnis abgewogen.

3. Der Bebauungsplan GI 03/07 „Dulles-Siedlung“ wird mit seinen zeichnerischen und planungsrechtlichen Festsetzungen (Teil A der textlichen Festsetzungen) gemäß § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung beschlossen. Die Begründung mit Umweltvorprüfung wird beschlossen.
4. Teil B (bauordnungsrechtliche Festsetzungen) der textlichen Festsetzungen wird gemäß § 81 Hessische Bauordnung (HBO) als Satzung beschlossen und i. V. m. § 9 Abs. 4 BauGB in den Bebauungsplan aufgenommen.
5. Der Magistrat wird beauftragt, den Satzungsbeschluss ortsüblich bekannt zu machen.

Stv. Schlotmann, SPD-Fraktion, merkt an, dass auf den Seiten 6 (3.2.3 Erschließung) und 10 (4.6.2 Fahrrad- und Fußwege) der Anlage 2 von einem gut ausgebauten Fuß-/Radweg die Rede sei. Diese Bezeichnung sei nicht korrekt, wie jeder wisse.

Stadtrat Rausch sagt eine Korrektur zu.

Beratungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.

**4. Bebauungsplan GI 03/08 "Marshall-Siedlung" STV/1420/2007
hier: - Entscheidung über die im Rahmen der Offenlegung
bzw. Trägerbeteiligung vorgebrachten Anregungen zum
Bebauungsplan-Entwurf
- Satzungsbeschluss zum Bebauungsplan
- Antrag des Magistrats vom 14.12.2007 -**

Antrag:

1. Es wird festgestellt, dass während der Offenlegung des Entwurfes zum Bebauungsplan von Seiten der Öffentlichkeit keine Anregungen eingegangen sind.
2. Die Anregungen von Trägern öffentlicher Belange aus dem unter Punkt 1 genannten Verfahren werden mit dem aus der Anlage 1 hervor gehenden Ergebnis abgewogen.
3. Der Bebauungsplan wird mit seinen zeichnerischen und planungsrechtlichen Festsetzungen (Teil A der textliche Festsetzungen) gem. § 10 Abs. 1 BauGB beschlossen. Die Begründung mit Umweltvorprüfung wird beschlossen.
4. Teil B (bauordnungsrechtliche Festsetzungen) der textlichen Festsetzungen wird gemäß § 81 der Hessischen Bauordnung (HBO) als Satzung beschlossen und i. V. m. § 9 Abs. 4 BauGB in den Bebauungsplan aufgenommen.
5. Der Magistrat wird beauftragt, den Satzungsbeschluss ortsüblich bekannt zu machen.

Auf die Frage des Stv. Beltz, Die Linke.Fraktion, wann mit einer Besichtigung

der Flächen zu rechnen sei, entgegnet **Stadtrat Rausch**, dass es nicht möglich sei, die Flächen zu betreten, da sie noch immer unter Aufsicht der Amerikaner stünden und erst in den nächsten Wochen oder vielleicht sogar Monaten an die Bundesanstalt für Immobilienangelegenheiten übergeben werden.

Beratungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.

5. Nachtverkehrsangebot in der Stadt Gießen **STV/1393/2007**
- Antrag des Magistrats vom 03.12.2007 -

Antrag:

1. Das in der Anlage beigefügte Nachtbusliniensystem wird als Grundlage für ein allgemeines Nachtverkehrsangebot in der Stadt Gießen (Beschluss der Stadtverordnetenversammlung STV/0324/2006) eingeführt (Schulsommerferien ausgenommen).
2. Die Nachtbuslinien sollen zunächst Freitag und Samstag, während der Nachtstunden, ca. 24:00 - 04:30 Uhr, eingesetzt werden.
3. Eine Evaluierung mit Darstellung der getrennt nach Monaten aufgeführten Fahrgastzahlen soll nach dem ersten Betriebsjahr erfolgen.
4. Die Nachtbuslinien könnten zum regulären ÖPNV-Einzeltarif oder mit Zeitkarten genutzt werden.
5. Für die zu den Vororten Rödgen, Allendorf und Lützellinden etc. vorgesehenen Anschlussfahrten mit den Taxen sind gesonderte, verbilligte Tarife vorgesehen.

Stv. Otto, Bündnis 90/Die Grünen, zählt die Vorteile des Nachtverkehrsangebotes auf, die wie folgt lauten: Mehr Mobilität, mehr persönliche Sicherheit, mehr Verkehrssicherheit und ein Angebot, das es in anderen Universitätsstädten bereits gebe.

Stv. Langwasser, SPD-Fraktion, sieht in dem Angebot einige Lücken und nennt an erster Stelle die langen Fahrtzeiten für die Nutzer. Außerdem erscheint es ihr schwierig, wenn Nutzer an Endhaltestellen (Kleinlindener Waldweide bzw. der Haltestelle Waldstadion) auf Taxis zum Weitertransport in die Vororte Allendorf, Lützellinden und Rödgen warten müssten.

Stadtrat Rausch entgegnet, dass solche Taxis bereits an den Endhaltestellen warten werden. Er stellt klar, dass sich das Angebot vornehmlich an „Nacht-schwärmer“ richte, die in den Wochenendnächten in der Stadt unterwegs seien.

Stv. Schlotmann, SPD-Fraktion, ist der Ansicht, dass es so nicht gelinge, den Weg von Tür zu Tür zu organisieren, sie fordert die Beibehaltung des Angebotes des Frauennachtaxis und fügt hinzu, dass dieses komplizierte

Angebot vermutlich zum Scheitern verurteilt sei.

Stv. Dr. Deetjen, Bündnis 90/Die Grünen, und **Stv. Scherer**, FDP-Fraktion, machen deutlich, dass es letztlich von der Resonanz abhängt, ob die Nachtbusse zu einer dauerhaften Einrichtung werden. Denn nach dem ersten Jahr solle Bilanz gezogen werden, ob die Nutzerzahlen den Mitteleinsatz der Stadt (bis zu 100.000,- € im Jahr) rechtfertigen.

An der ausführlichen Diskussion beteiligen sich die Stv. Otto, Langwasser, Beltz, Schlotmann, Scherer, Bellof, Dr. Deetjen, Oswald, Dr. Speiser und Stadtrat Rausch.

Beratungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt (Ja: CDU/GR/FDP/LINKE; StE: SPD).

**6. Prüfantrag zur Philosophenstraße
- Antrag der Die Linke.Fraktion vom 14.01.2008 -**

STV/1486/2008

Antrag:

Der Magistrat wird beauftragt, in den beschlossenen Prüfauftrag zur Sanierung der Philosophenstraße (DS 1365/07) weiterhin die folgenden Punkte aufzunehmen und die Ergebnisse der Prüfung der Stadtverordnetenversammlung vor Genehmigung der Ausbauplanung vorzulegen:

1. Welchen Einfluss hat die geplante Sanierung der Philosophenstraße auf das Verkehrsaufkommen dort? Ist eine Zunahme des Kfz-Verkehrs über die Philosophenstraße zu erwarten?
2. Welche Maßnahmen sind möglich, um eine Abnahme des Kfz-Verkehrs über die Philosophenstraße zu erreichen?
3. Welchen quantitativen Einfluss hat eine dauerhafte Sperrung der Brücke am Martha-Mendel-Weg auf die Benutzung der Philosophenstraße durch Kraftfahrzeuge?
Sinnvoll wäre, die Antwort durch eine Verkehrszählung - vielleicht in Verbindung mit der beim Martha-Mendel-Weg (DS 1276/07) - zu untermauern.
4. Welche Vor- und Nachteile hat eine Lösung, die darin besteht, statt einer sehr kostspieligen kompletten Sanierung der Philosophenstraßen nur einen zusätzlichen Fuß- und Radweg zu schaffen?
5. Wie ist eine temporäre Sperrung der Philosophenstraße für den Kfz-Verkehr - z. B. im Sommer während der Brutzeit geschützter Vogelarten - zu bewerten?

Stadtrat Rausch gibt folgende Antworten zu Protokoll:

„Zu 1.:

Die vom Stadtparlament beauftragte grundlegende Sanierung der Philosophenstraße wird

vor dem Hintergrund, dass der Trassenverlauf im jetzigen Zustand verbleibt und keine geradlinige neue Straßenführung angestrebt wird, keinen wesentlichen Einfluss auf das Verkehrsaufkommen haben. Dies auch vor dem Hintergrund, dass keine Verbreiterung, sondern nur ein neuer verkehrssicherer Aufbau des Straßenkörpers vorgesehen ist.

Zu 2.:

Die Maßnahmen werden sich an dem jetzt Bestehenden orientieren.

Zu 3.:

Vermutlich keinen, da ein Ausbau von der Stadtverordnetenversammlung nur zwischen Ursulum und Ortseingang Wieseck, also bis zur Wieseckbrücke, vorgesehen ist.

Zu 4.:

Das Variantenspiel von Vor- und Nachteilen führt zu keiner Lösung, da die ca. 600 m lange Strecke immer mehr an Verkehrssicherheit verliert und dann letztendlich für den Verkehr gesperrt werden müsste. Dann macht die zusätzliche Schaffung eines Fuß- und Radweges aus logischen Gründen wenig Sinn.

Zu 5:

Eine temporäre Sperrung der Straße für den Kfz-Verkehr wird als wenig sinnvoll erachtet, da die Beeinträchtigungen der Natur durch den auf der Straße geordnet ablaufenden Verkehr deutlich geringer eingeschätzt werden, als die querfeldein laufenden Spaziergänger mit ihren Hunden, die ein deutlich höheres Störpotential für die Natur darstellen. Dabei spielt die Anzahl der Pkw's keine Rolle.“

Die Sitzung wird von 19:59 Uhr bis 20:02 Uhr unterbrochen, da die Fraktionen Beratungsbedarf signalisieren.

Nachdem **Stv. Beltz**, Die Linke.Fraktion, erklärt, dass er den Antrag trotz der Ausführungen von Stadtrat Rausch aufrecht erhalte, erklären Mitglieder der Fraktionen SPD, CDU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen, dass sie den Antrag ablehnen werden.

Beratungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt (Nein: CDU/SPD/GR/FDP; Ja: LINKE).

7. Ausweisung von Kinderwagen- /Familienparkplätzen auf städtischen Parkplätzen der Universitätsstadt Gießen - Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 13.01.2008 - STV/1492/2008

Antrag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Der Magistrat der Universitätsstadt Gießen wird beauftragt zu prüfen, ob und ggf. wie auf städtischen Parkplätzen in der Universitätsstadt Gießen Kinderwagen-/

Familienparkplätze ausgewiesen werden können.

2. Die Parkplätze sollten die Breite eines Schwerbehinderten-Parkplatzes haben.
3. Zum Parken berechtigt sein sollten Kfz-Führer/innen in Begleitung eines Säuglings und/oder Kleinkindes mit Kinderwagen.

An der kurzen Diskussion beteiligen sich die Stv. Scherer, Langwasser, Beltz und Dr. Deetjen.

Beratungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.

8. **Neues System zur Müllreduzierung** **STV/1493/2008** **- Antrag der SPD-Fraktion vom 15.01.2008 -**

Antrag:

Der Magistrat wird aufgefordert, in der Stadtverordnetensitzung im März 2008 wie auf Antrag der Koalition am 20.09.2007 beschlossen, das „neue System zur Müllreduzierung“ mit den im Antrag aufgelisteten Kriterien als „wesentliche Bestandteile der Änderung“ vorzulegen.

Auf Anregung der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP **ändert die SPD-Fraktion ihren Antrag wie folgt:**

Der Magistrat wird aufgefordert, *bis zur ersten Sitzung nach den Sommerferien*, wie auf Antrag der Koalition am 20.09.2007 beschlossen, das „neue System zur Müllreduzierung“ mit den im Antrag aufgelisteten Kriterien als „wesentliche Bestandteile der Änderung“ vorzulegen.

Beratungsergebnis: Geändert einstimmig zugestimmt.

9. **Verschiedenes**

- **Stv. Schlotmann**, SPD-Fraktion, weist auf den Glascontainer hin, der am Ende der Rodheimer Straße (1A Getränkemarkt/Lidl) stehe. Der Glascontainer stehe „direkt“ am Radweg und dadurch sei der Radweg zeitweise mit Glasscherben versehen, die nicht entfernt werden. Sie bittet um Abhilfe.
- **Stv. Beltz** weist auf die Außenbeleuchtung (blinkende grüne Lichter) eines Geschäftes in der Bismarckstraße/Ecke Ludwigstraße (gegenüber der Liebigschule) hin, die ggf. Autofahrer irritieren könnte.

- **Stv. Schlotmann** führt aus, dass es ein Positionspapier der Mitgliedskommunen zur 7. kommunalen Klimaschutzkonferenz gebe. Sie fragt, ob die Stadt Gießen als Mitglied das Papier bereits unterzeichnet habe.

Stadtrat Rausch sagt eine Beantwortung zu.

- **Stv. Walldorf**, SPD-Fraktion, stellt fest, dass sich die Parteien an die Abmachung, dass auf dem Grünstreifen vor der Videothek in der Rodheimer Straße keine Wahlplakate aufgestellt werden sollen, dieses Jahr nicht gehalten haben. Diese Abmachung wurde im Hinblick auf die Verkehrssicherheit zur letzten Kommunalwahl getroffen.

Hierzu führt **Stadtrat Rausch** aus, dass er Probleme mit dem ausgefertigten Straßenwahlkampf habe. Die schiere Masse an Plakaten und die sich gegen sie richtende Zerstörungswut seien dem Stadtbild abträglich und belasteten das Stadtreinigungs- und Fuhramt über Gebühr.

Stv. Langwasser, SPD-Fraktion, regt in diesem Zusammenhang an, einen Zeitraum für das Entfernen der Wahlplakate festzulegen, um bei Nichtbefolgung ein Bußgeld erheben zu können.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt die Vorsitzende die Sitzung mit einem Dank für die Mitarbeit der Anwesenden.

DIE VORSITZENDE:

(gez.) K ü s t e r

DIE SCHRIFTFÜHRERIN:

(gez.) A l l a m o d e